



## **Pressekonferenz**

mit

**FPÖ-NAbg. Werner Neubauer**

zum Thema:

***„Aktuelles aus dem Untersuchungsausschuss“***

**Freiheitlicher Parlamentsklub  
Parlament**

**Wien, am 19. Juni 2008**

## **1: Gezielte Ermittlungen gegen die SPÖ im Zusammenhang mit der Causa BAWAG:**

Klare Linie: Folger und BIA führten die Ermittlungen Richtung Parteienfinanzierung SPÖ.

Folger wurde von Pilsl Haidinger empfohlen und hat sich in Absprache mit Krakow um dieses Thema gekümmert. Folger war vier Monate lang, von Anfang Mai bis Ende August 2006, in der SOKO BAWAG, aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen Folger und Salomon musste Folger Ende August die SOKO verlassen. In einem Mail vor dem 11. August 2006 entzog Salomon Folger das Vertrauen.

Ab da übernahm das BIA die Ermittlungen gegen die SPÖ im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung, aufgrund des Fehlens des Vertrauensmannes von Krakow und Pilsl in der SOKO.

Am 24. August 2006 führt Krakow ein Gespräch mit Flöttl. Im Zuge eines vermuteten Deals, den wir im Ausschuss noch genau hinterfragen werden, gibt Flöttl Krakow Informationen über die bekannten Zahlungen an Vranitzky. Zudem intervenierten Haider und Westenthaler bei Gastinger zu Gunsten Flöttls, wie Pöchinger erneut bestätigte.

Am 22. und am 23. August 2006 wurden die Kredite der SPÖ von der FMA abgefragt, aufgrund von Informationen Flöttls. Die Informationen hierüber fanden sich 1. September 2006 in der Zeitung „Österreich“. Am 24. August 2006 informiert Flöttl Krakow über die Zahlungen an Vranitzky. Am 11. September 2006 werden darüber die Medien informiert.

Am 26. August intervenierten Haider und Westenthaler ein zweites mal bei Gastinger, um eine Anklage Flöttls zu verhindern. Diese knappe zeitliche Abfolge kurz vor der NR-Wahl 2006 kann kein Zufall sein. Daher wird Flöttl am 1. Juli im Ausschuss eingehend dazu befragt.

Krakow informiert zudem nicht die SOKO Salomon über die Ermittlungen Vranitzky, die zuständig gewesen wäre, sondern Kreutner, den Leiter des BIA und beauftragt diesen mit den Ermittlungen in Bezug auf SPÖ/Parteienfinanzierung.

Krakow begründet dies mit den Informationsfluss an die Medien, der in der Vergangenheit bei diesem Thema stattgefunden hat.

Jedoch erhielt Krakow am 8. September 2006 einen Anruf von einem Journalisten, an dessen Namen er sich behauptlich nicht erinnern kann. Der Journalist befragte Krakow, ob man Ermittlungen gegen Vranitzky durchführe. Aufgrund dieses Anrufes sah er sich angeblich gezwungen die Medien über die Ermittlungen am 11. September 2006 zu informieren.

**Logischerweise hätte Krakow, seinen Aussagen folgend, mit der Veröffentlichung der Ermittlungen, dem BIA diese entziehen und sofort der SOKO BAWAG übergeben müssen. Dies hat er aber nicht getan, und damit widerspricht er seiner eigenen Argumentation und seiner eigenen Logik.**

Am 25. September erfährt die zuständige SOKO BAWAG aus dem „profil“ von den Ermittlungen des BIA. Also einen Monat nach der Beauftragung durch Krakow.

Dies belegt eindeutig, dass zunächst der Vertrauensmann Folger in der SOKO von Pils, interessanterweise war Pils zuvor auch BIA 03, und Krakow die Ermittlungen SPÖ/Parteienfinanzierung führte, bis er Ende August 2006 gehen musste. Die Inhalte dieser Ermittlungen fanden immer wieder ihren Weg in die Medien.

Am 24. August 2006 erhält Krakow die wichtige Information, bezüglich der Zahlungen an Vranitzky, und sieht sich nun gezwungen das BIA einen Monat vor der NR-Wahl mit den Ermittlungen zu beauftragen, diese stellt sich für die FPÖ als zuverlässige parteipolitische Polizei der ÖVP dar. Die zuständige SOKO musste dies aus den Medien erfahren.

Das BIA führte nicht nur die Ermittlungen gegen Vranitzky, obwohl Kreutner im Ausschuss behauptet hat, man habe nur Vranitzky befragt. Vielmehr hat das BIA monatelang Ermittlungen in Bezug auf SPÖ/Parteienfinanzierung durchgeführt und folgende Personen hierzu einvernommen: Peter Nakowitz, Wolfgang Flöttl, Michael Schlaff und Michael Hason.

Diese waren aufgrund der mangelnden Kontrolle möglich, die Sektionschef Prugger gegenüber dem BIA und ihrem Leiter Kreutner durchgeführt hat.

Das BIA ist lediglich für Ermittlungen in Bezug auf Amtsdelikte zuständig. Jedoch konnte aufgrund des BIA Erlasses mit Genehmigung von Prugger in allen anderen Belangen ebenfalls ermittelt werden. Diese ausdrückliche Genehmigung wurde durch Prugger nicht erteilt, sondern es wurde Kreutner angeblich eine Generalvollmacht erteilt. Jedoch nur mündlich, was darauf hindeutet, dass Prugger lediglich eine Schutzbehauptung im Ausschuss tätigte. Von einer Generalvollmacht, die de facto die Ausnahmeregelung im Erlass aufhebt, haben andere befragte BIA Beamte nie etwas gehört.

Damit war und ist das BIA in der Lage gegen jeden Staatsbürger nach Belieben und Gutdünken zu ermitteln. Eine entfesselte Polizei der Polizei, die parteipolitisch motiviert ermittelt.

**Diese Faktenlage macht Kreutner untragbar für weitere führenden Funktionen im BMI zur Bekämpfung von Korruption, genau so müsste aufgrund der fehlenden Kontrolle durch Prugger disziplinarrechtliche Schritte in diese Richtung unternommen werden.**

## **2: Leiharbeiter:**

Ein weiterer interessanter Punkt, den der Ausschuss zu Tage gefördert hat, sind die zahlreichen Leiharbeiterverträge der Mitarbeiter von Kabinetten.

**Ita, Kabinettschef im BMI**, war angestellt bei der **Akademie der Industriellen Vereinigung**.

**Rauch, Pressesprecher im BMI**, bei der **Niederösterreichischen Landesversicherung**.

**Kramer, Stv. Kabinettschef im BMF**, bei der Firma **Manpower**.

Warum waren die meisten Mitarbeiter des Kabinetts keine Angestellten des Kabinetts, wovon die meisten Abgeordneten der Opposition eigentlich bisher ausgegangen sind? Welche Leistungen erbringen die Ressorts die gegenüber den Firmen und Institutionen für diese Leiharbeiter?

Es besteht der begründete Verdacht, dass diese Umwegkonstruktionen nicht nur aus finanziellen Gründen gewählt wurden, sondern auch um das **Amtsgeheimnis** zu umgehen und **politische Abhängigkeiten** zu schaffen und **Lobbyismus** zu betreiben. Jedenfalls wird diese Aufdeckung ein wichtiger Punkt bei dem Thema Postenbesetzungen.

### **3: Kampusch:**

Der Endbericht der Adamovich-Evaluierungskommission rechtfertigt die Untersuchung des Falles Priklopil durch den Korruptionsuntersuchungsausschuss. Die Ergebnisse und die Hinweise von Adamovich beleuchteten lediglich die Vorgänge im Innenministerium und der ermittelnden Behörden. Es ist nun Sache des Untersuchungsausschusses die **Verfehlungen der Justiz** und die **politische Verantwortung** zu hinterfragen.

Es ist ein Skandal, dass den Hinweisen auf mögliche Mittäter im Fall Priklopil nicht umfassend nachgegangen wurde. Der Innenminister ist nun aufgefordert diese Versäumnisse nachzuholen. Wer weiß wie viele weitere Opfer es gibt, nur weil mögliche Mittäter nicht ausgeforscht wurden. Daher stellt sich auch die Frage der politischen Verantwortung und wer die Vertuschung veranlasst hat.

Der Untersuchungsausschuss hat auch die Frage zu klären, warum man so felsenfest an der Einzeltäter-Theorie festhielt, obwohl es diese Hinweise gibt. Die fragwürdige Vorgehensweise der Therapeuten und der Anwälte muss ebenfalls beleuchtet werden. Auch stellt sich die Frage, warum die Ermittler sich diesem überschießenden Opferschutz gebeugt haben.

Dieser muss selbstverständlich gewährleistet sein, darf aber die weiteren Ermittlungen nicht behindern.

Wenn General Lang nun an die Medien tritt und davon spricht, dass Führungskräfte, die jetzt durch die Feststellungen von Adamovich in das Kreuzfeuer der Kritik geraten sind, in Zukunft nach objektiveren Kriterien ausgewählt werden sollen, stellt sich der FPÖ die Frage, nach welchen Kriterien das bisher geschehen ist. Damit gibt Lang zu, dass Parteibücher bzw. Parteinähe und Seilschaften bisher ausschlaggebend für die Auswahl von Führungskräften waren.

Zudem hat Lang selbst zwei Beamte der SOKO Kampusch zum Hinweis gebenden Hundeführer entsandt, um diesem zum Schweigen zu bringen.

### **4: Aktenübermittlung:**

Die schleppende Aktenübermittlung durch die Ministerien, vor allem durch das Innenministerium, belegt die Gefährlichkeit des Ausschusses für die ÖVP. Daher wird versucht, die Arbeit des Parlaments zu hintertreiben, indem die Akten überhaupt nicht, zu spät oder unvollständig übermittelt werden.

In erster Linie fehlen:

BIA Akten, Kabinettsmails, echte Personalakten und Teile des Grasser Akts

Aufgrund der uneinheitlichen und schlampigen Veraktung im Innenministerium müssen wir auch mit der Problematik der schleppenden Aktenübermittlungen kämpfen. Private Mails müssen von dienstlichen Mails getrennt werden, weil private Mails von den dienstlichen Adressen aus versandt wurden. Zudem wurden die Mails nicht, wie von Gendir. Buxbaum angeordnet, ausgedruckt und den Akten beigelegt.

Zudem kämpft der Ausschuss bei den Akten der SOKO Marent und der BIA Akten des Grasserakts mit einem wilden Durcheinander. Letzteres wurde sogar durch die Staatsanwaltschaft kritisiert.

Statt diese Akten rasch zu übermitteln, übersendet man lediglich Nebelgranaten, das heißt hunderte Ordner über Themen, die erst viel später im Ausschuss behandelt werden und völlig ohne Grund als geheim klassifiziert wurden, so dass man diese nicht kopieren darf, um vernünftig damit arbeiten zu können.

Unter anderem auch Akten von abgeschlossenen Verfahren (Grasser, abgeschlossen), die eindeutig nicht als geheim zu klassifizieren sind. Kreutner argumentierte dies mit Querverweisen zum BAWAG Prozess, welches wenig glaubwürdig ist und vielmehr eine Schikane darstellt.

Abschließend kann man zusammenfassen, dass der Ausschuss bisher in Bezug auf das Kabinett, Pils!, Krakow, Kreutner, BIA und Leiharbeiter sehr brisantes zu Tage gefördert hat und die ÖVP verzweifelt versucht, diese bisher erfolgreiche Arbeit zu torpedieren.